

**Nr. 1/ 2005 - 30. März 2005**

**Barbara König**, jugend- und familienpolitische Sprecherin, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

**Inhalt:**

- 1. Haushalt: SPD fordert mehr Geld für die Offene Ganztagschule**
- 2. SPD im Dialog mit Offenen Ganztagschulen**
- 3. Bonner Jugendkonvent der SPD**
- 4. Renate Hendricks am Telefon und im Internet**
- 5. Was ist der Stadtelternrat?**
- 6. CDU kopiert Konzepte zur Kinderbetreuung**
- 7. Was heißt das Jugendfördergesetz für Bonn?**
- 8. Kinderland Nordrhein-Westfalen**
- 9. Anträge auf Kinderzuschlag jetzt stellen -**
- 10. Elternzeitrechner hilft Elternzeit und Arbeitszeit individuell zu kombinieren**
- 11. Dialog "Verantwortung Erziehung" gestartet**
- 12. Bildung, Erziehung und Betreuung - 2005 Schwerpunkt der Lokalen Bündnisse**
- 13. Erfolgreiche Bilanz des Unternehmenswettbewerbs**
- 14. Internationale Fachtagung zur gewaltfreien Erziehung**
- 15. Wie viel Staat braucht die Familienpolitik?**
- 16. Abschlussbericht "Stärkung der Erziehungskompetenz" erschienen**
- 17. AWO: Bildung wird zur neuen sozialen Frage**
- 18. Termine**

---

**1. Haushalt: SPD fordert mehr Geld für die Offene Ganztagschule**

Am 17. März hat Stadtkämmerer Prof. Ludger Sander den Haushalt 2005 eingebracht. Auch wenn es in diesem Jahr noch finanziellen Spielraum gibt, so macht doch der Blick auf das Jahr 2006 rasch klar, dass ein Defizit von mehr als 200 Mio. Euro zu erwarten ist. Die SPD hat immer erklärt: Wir stellen uns der Aufgabe und sind bereit, Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung zu übernehmen. Die SPD hat aber auch immer erklärt: Wir müssen deutlich machen, warum wir einen genehmigungsfähigen Haushalt brauchen. Vor der Anstrengung muss klar sein, wofür wir investieren. Bildung, Betreuung und soziale Gerechtigkeit stehen bei uns ganz oben.

Deshalb investieren wir mehr Geld

- für den Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule
- für die Schulsanierung
- für die Betreuung von Kindern unter 3
- für mehr soziale Gerechtigkeit in Bonn

„Das Motto *Bonn macht Schule* steht für uns auch bei den Haushaltsberatungen ganz oben an.“ erläutern Barbara König, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Wir müssen – auch bei schlechter Kassenlage – weiter auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt setzen. Wir werden sparen müssen. Aber wenn wir mehr Geld ausgeben, dann wollen wir es für die Zukunft unsere Kinder tun!“ ergänzt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Werner Esser. Auf Anregung der SPD will die Politik rund 18 Mio. Euro in die Sanierung und den Ausbau von Bonner Schulen stecken. Neben rund 11 Mio. Euro für Grundsanierungen, werden die neuen OGS-Schulen mit 3,2 Mio. Euro ausgebaut. Weitere rund 4 Mio. Euro fließen in die Sanierung von Toiletten und den Brandschutz.

„Das Erfolgsprojekt Offene Ganztagschule wird ab dem kommenden Schuljahr 1500 Plätze anbieten. Weil wir auch auf pädagogische Qualität setzen, wollen wir in diesem Jahr rund 400.000 Euro zusätzlich in die Schulen geben.“ Kündigt Barbara König an. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren sein. „Wir wollen in den nächsten Jahren für rund 20 Prozent aller Kinder einen Platz haben – da müssen wir

dieses Jahr anfangen.“ König fordert zusätzliche Plätze, die auch im Haushalt abgesichert sein müssen.

Der Haushalt der Stadt Bonn wird in Bürgerbroschüren und Versammlungen erstmals breit der Öffentlichkeit vorgestellt.

Termine unter:

[http://www.bonn.de/rat\\_verwaltung\\_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt/02194/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt/02194/index.html?lang=de)

<http://www.presse-service.de/static/60/600667.html>

[http://www.bonn.de/rat\\_verwaltung\\_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt/02193/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergermitwirkung/buergerhaushalt/02193/index.html?lang=de)

## **2. SPD im Dialog mit Offenen Ganztagschulen**

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn setzte ihren Dialog mit den Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) fort.

Im Februar traf sie sich mit Vertreterinnen und Vertretern von 11 Ganztagschulen. Neben Schulen, die bereits seit einem oder zwei Jahren OGS-Angebote durchführen, folgten auch vier „neue“ Schulen der SPD-Einladung.

Kurz vor der Vorlage des OGS-Rahmenplans diskutierte die Runde u. a. über die Themen Finanzierung, pädagogisches Konzept sowie die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.

„Uns hat das große Interesse der Schulleitungen sehr gefreut!“ erklärt Barbara König, jugendpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion. „Wir sind als Kommunalpolitikerinnen und -politiker immer auf die Erfahrungen aus der Praxis angewiesen. In der Diskussion mit den Schulen haben wir für unsere weiteren Beratungen wichtige Impulse gewonnen.“

Die SPD will den Dialog fortsetzen und in einer zweiten Runde auch die Trägervertreter/innen einbeziehen. „Wir wollen ja gerade die Kooperation von Schule und Jugendhilfe, daher reden wir natürlich mit Schulen und den Trägervereinen“, erläutert Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Neben Schule und den Trägern sind die Eltern die Dritten im Bunde, wenn es um die Zukunft der OGS geht. Dafür, dass deren Interessen nicht aus dem Blick geraten, steht Renate Hendricks, die über 20 Jahre Schulpflegschaftsvorsitzende in Bonn war. Sie hat den Dialog mit den OGS-Schulen mit angeregt: „Vieles befindet sich in Bonn schon auf einem sehr guten Wege. Dennoch brauchen wir mittelfristig auch weitere Initiativen auf der Landesebene, für die ich mich einsetze!“ Das will sie ab Juni möglichst im Landtag tun, für den sie für die Bonner SPD kandidiert.

## **3. Bonner Jugendkonvent der SPD**

Die SPD-Ratsfraktion wird in Vorbereitung des nächsten Jugendhilfeausschusses mit Bonner Jugendlichen im Rahmen des 1. Bonner Jugendkonvent über Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Kommunalpolitik diskutieren. „Denn bevor der Ausschuss konkrete Beschlüsse fasst und festlegt, wie Jugendliche sich beteiligen können oder sollen, muss man mit Jugendlichen sprechen und nach ihren Vorstellungen fragen“ so Ernesto Harder, mit 27 Jahren zweitjüngster Stadtverordneter und ordentliches Mitglied im Jugendhilfe-Ausschuss.

Vom Jugendparlament über die Bezirksschülervertretung – Jugendlichen stehen viele Möglichkeiten offen, ihre Interessen selbst zu vertreten. Welche davon demnächst in Bonn Realität werden sollen, können die Jugendlichen am Dienstag, den 12. April 2005 selbst entscheiden. Die Jugendpolitiker/innen der SPD-Fraktion werden diese Anregungen aufnehmen und in den Jugendhilfeausschuss einbringen.

Die SPD-Ratsfraktion lädt daher Bonner Jugendliche sowie Vertreter von Jugendverbänden, Jugendzentren und Schulen am Dienstag, den 12. April 2005 ein, über Möglichkeiten der Jugendbeteiligung in der Kommunalpolitik zu diskutieren.

**Jugendkonvent zum Thema Jugendbeteiligung**  
**12. April 2005, 18.00 - 20.00 Uhr,**  
**Sitzungssaal der SPD-Fraktion, 53111 Bonn, Altes Rathaus**

#### 4. Renate Hendricks am Telefon und im Internet

Ab dem 12. April steht die SPD-Landtagskandidatin Renate Hendricks **jeden Dienstag** von **09:00 bis 10:00 Uhr** für Fragen und Anregungen in einer Telefonsprechstunde zur Verfügung. Die langjährige Bildungsexpertin beantwortet Fragen zum Schulsystem, zur offenen Ganztagschule oder zur Kinderbetreuung in Bonn und NRW.

**Beginn ist Dienstag, der 12. April 2005, Telefon: 0228/9 10 62 43**

Wer mehr über Renate Hendricks erfahren möchte, kann sich auf ihrer Homepage über sie informieren. Dort hat sie u.a. spannende Reiseberichte über Schulen in Kanada und Finnland eingestellt.

[www.renate-hendricks.de](http://www.renate-hendricks.de)

#### 5. Was ist der Stadtelterrat?

Der Stadtelterrat ist die Interessenvertretung aller Eltern Bonner Kindergartenkinder.

**Am 6. April stellt der Stadtelterrat von 16 bis 19 Uhr im Piratenland, Bonn-Buschdorf,** seine Arbeit vor. Der Vorstand wird anwesend sein und hofft, möglichst viele Eltern und Elternräte begrüßen zu können. „Wir wollen versuchen, alle offenen Fragen rund um den Stadtelterrat zu beantworten,“ wirbt Petra Sahler, Vorsitzende des Elternrats. „Dazu gehört, welche Aufgaben wir haben und wo wir in den Kindergärten helfen können.“ Während sich ihre Eltern informieren, können die Kleinen an Spielgeräten im Piratenland toben.

Der Eintritt im Piratenland ist für Erwachsene frei und kostet für Kinder 2,50 Euro.

#### 6. CDU kopiert Konzepte zur Kinderbetreuung

Kinder- und Jugendministerin Ute Schäfer hat die Forderung der CDU, die Plätze für die Betreuung der "Unter-3-Jährigen" ausbauen zu wollen, als späte Einsicht bezeichnet. "Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass auch die CDU inzwischen in der Wirklichkeit angekommen ist und eingesehen hat, dass moderne Familien zunehmend auf die Betreuung der Kleinsten angewiesen sind, weil Frauen Beruf und Familie mit einander vereinbaren wollen. Wieder einmal zeigt sich, dass die Opposition keine eigenen Konzepte vorlegt, sondern Ideen bei der Landesregierung abschreibt."

Im Gegensatz zu den Absichtserklärungen der CDU habe die Landesregierung Fakten geschaffen: "Kein westdeutsches Flächenland ist in der Kinderbetreuung so weit wie NRW - 99 Prozent aller Kinder können drei Jahre lang einen Kindergarten besuchen", betonte die Ministerin. Anders als von der CDU behauptet, haben die Kommunen ihre Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren in den vergangenen 10 Jahren von rund 8.500 auf 11.000 Plätze ausgebaut. "Allerdings ist uns das noch zu wenig. Deshalb werden wir bis 2010 gemeinsam mit den Kommunen die Betreuungsangebote so ausbauen, dass für jedes 5. zweijährige Kind - denn da ist der Bedarf am größten - ein Platz in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung steht." Auch die Tagespflege solle nach dem Konzept der Landesregierung ausgeweitet werden. "Das nun auch die CDU zu dieser Einsicht gelangt, ist gut, aber reichlich spät", sagte Schäfer.

Im Übrigen seien in der Offenen Ganztagsgrundschule bereits heute 35 000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen worden. "Hier holt Deutschland mit Hilfe der rot-grünen Bundesregierung eine Entwicklung nach, die in den 90er Jahren von dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers verschlafen wurde."

#### 7. Was heißt das Jugendfördergesetz für Bonn?

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat das Ziel, Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zu bieten, ihre Fähigkeiten umfassend zu entfalten, einen eigenen Lebensweg zu finden, sich in der Gesellschaft zu engagieren und an gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen. Deshalb hat sie im Landtag das Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit beschlossen. Mit diesem Gesetz stellt NRW die Kinder- und Jugendarbeit auf eine sichere, verlässliche Basis. Das Land verpflichtet sich, ab dem Jahr 2006 für eine gesamte Legislaturperiode feste Fördermittel in Höhe von 96 Millionen Euro jährlich für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Und es fordert die Kommunen auf, diesem Beispiel zu folgen und das zu leisten, was sie bisher auch geleistet haben. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan setzt die SPD die erforderlichen Schwerpunkte in der

Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Sie unterstützt damit die Modernisierung der Jugendarbeit und schafft so die Voraussetzungen, sich den Wandlungsprozessen im Alltag junger Menschen stellen zu können.

Über das Kinder- und Jugendfördergesetz und seine Auswirkungen für Bonn informiert die Bonner SPD:

**Montag, 25. April, 17 Uhr,  
Saal im Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Strasse  
Einführung: Dr. Jürgen Rolle. Leiter des Sozialpädagogischen Instituts, Köln**

### **8. Kinderland Nordrhein-Westfalen**

Auf einer Internetseite stellt NRW seine kinder- und familienpolitischen Erfolge der letzten Jahre dar:

- Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige
- Mehr Qualität in Kindertagesstätten durch Bildungsvereinbarungen, Qualitätsstandards, Fortbildung von Erzieher/innen u.v.m.
- Ausbau der Offenen Ganztagschulen
- Einstellung von zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern
- Modellprojekt „Selbstständige Schule“
- Kinder- und Jugendfördergesetz, etc. etc.

Mehr unter:

<http://www.kinder-foerdern-zukunft-sichern.de/>

### **9. Anträge auf Kinderzuschlag jetzt stellen -**

Ab dem 1. Januar 2005 haben gering verdienende Eltern Anspruch auf eine neue gezielte familienpolitische Leistung. Bislang sind erst wenige erfolgreiche Anträge gestellt worden. Deshalb ruft das Bundesfamilienministerium Eltern erneut zur Antragstellung auf:

**Der Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro pro Kind und Monat** tritt zeitgleich mit dem neuen Arbeitslosengeld II in Kraft. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend rät, gering verdienenden Eltern, jetzt einen **Antrag auf den Kinderzuschlag bei der Familienkasse der örtlichen Agentur für Arbeit** zu stellen. Die Familienkasse prüft dann, ob ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlags besteht. Eltern mit geringem Einkommen sind derzeit für den Lebensunterhalt ihrer Kinder oft auf ergänzende Sozialhilfe bzw. ab Januar 2005 auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Eltern sollen aber nicht wegen ihrer Kinder von staatlichen Fürsorgeleistungen abhängig sein. Der Kinderzuschlag führt dazu, dass diese Eltern künftig aus dem Bezug des Arbeitslosengelds II herauskommen.

**Der Kinderzuschlag muss schriftlich beantragt werden.**

**Antragsformulare und Informationsmaterial sind im Internet**

**([www.kinderzuschlag.de](http://www.kinderzuschlag.de))** oder bei den Familienkassen der örtlich zuständigen Agenturen für Arbeit erhältlich.

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=23042.html>

### **10. Elternzeitrechner hilft Elternzeit und Arbeitszeit individuell zu kombinieren**

Mit dem neuen Elternzeitrechner bietet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werdenden und jungen Eltern einen neuen Service, der es ihnen erleichtert, die für sie beste Kombination von Elternzeit und Erwerbstätigkeit zu finden. Ab heute kann man auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) online errechnen, welche Auswirkungen das gewählte Arbeitszeitmodell während der Elternzeit auf das Familieneinkommen hat.

### **11. Dialog "Verantwortung Erziehung" gestartet**

Erziehung und frühe Förderung finden in erster Linie im Elternhaus statt. Aber Eltern brauchen öffentliche Unterstützung und gute Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder. Erziehung muss in Deutschland ein zentrales gesellschaftliches Thema sein. Deshalb startet Bundesministerin Renate Schmidt einen Dialog "Verantwortung

Erziehung" mit wichtigen gesellschaftlichen Kräften.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=24000.html>

## **12. Bildung, Erziehung und Betreuung - 2005 Schwerpunkt der Lokalen Bündnisse**

Ob PISA-Studie, Erziehungskompetenz, Wertevermittlung oder Betreuung für Kinder unter drei Jahren: Die Frage, wie Kinder am besten aufwachsen und auf das spätere Leben vorbereitet werden, bewegt Eltern, Schulen, Kindergärten, Kommunen - und Lokale Bündnisse für Familie. In vielen Bündnissen steht das Thema Erziehung / Bildung / Betreuung ganz oben auf der Tagesordnung - und deshalb auch im Mittelpunkt des ersten bundesweiten Thementages der Initiative Lokale Bündnisse für Familie im April 2005. Mit Aktionen an verschiedenen Orten machen die mittlerweile 121 Bündnisse auf sich, auf ihre Ideen und Erfolge aufmerksam: bei flexiblen Kinderbetreuungsangeboten, bei der Zusammenarbeit von Stadt und Fördervereinen an Ganztagschulen oder bei Familienbildung und Erziehungskompetenz. Weitere Informationen zum Thementag unter:

[www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

## **13. Erfolgreiche Bilanz des Unternehmenswettbewerbs**

Mit fünf mal mehr Bewerbungen als im Jahr 2000 ist der Unternehmenswettbewerb "Erfolgsfaktor Familie" <http://www.erfolgsfaktor-familie.de> im Dezember zu Ende gegangen. Insgesamt haben sich 366 Unternehmen für die Auszeichnung familienfreundlichen Engagements beworben. Auch die Presse berichtete positiv und ausführlich über den Wettbewerb. Neben den Initiatoren Familienministerin Renate Schmidt und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt stand besonders der betriebswirtschaftliche Nutzen von Familienfreundlichkeit im Mittelpunkt der Berichterstattung. Die Gewinner des Wettbewerbs werden am 24. Mai 2005 in Berlin ausgezeichnet.

## **14. Internationale Fachtagung zur gewaltfreien Erziehung**

Auf einer Fachtagung im Juli werden Expertinnen und Experten aus ganz Europa eine erste Bilanz ziehen, nachdem der Rechtsanspruch auf eine gewaltfreie Erziehung in Deutschland vor fünf Jahren gesetzlich verankert wurde. Zugleich soll ein Blick über die Grenzen ins benachbarte Ausland helfen, die Entwicklung ähnlicher Regelungen zu analysieren und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu etablieren.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=23998.html>

## **15. Wie viel Staat braucht die Familienpolitik?**

Die große Mehrheit der Bürger betrachtet sowohl den Staat als auch private Kräfte für zuständig in Fragen der Familienpolitik. Das ergab eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer regelmäßigen Haushaltsbefragung des DIW Berlin und Infratest.

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/familie,did=24002.html>

## **16. Abschlussbericht "Stärkung der Erziehungskompetenz" erschienen**

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt "Stärkung der Erziehungskompetenz in der Familie - Das Online-Familienhandbuch" ist abgeschlossen. Der Abschlussbericht kann auf den Internet-Seiten des Familienministeriums aufgerufen werden:

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/abschlussbericht-familienhandbuch,property=pdf.pdf>

## **17. AWO: Bildung wird zur neuen sozialen Frage**

Von 100 Kindern aus Familien mit niedrigem sozialen Status erreichen laut 2. Armuts- und Reichtumsbericht, der heute vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, 11 Prozent einen akademischen Abschluss, aus Familien mit einem hohen sozialen Status schaffen es dagegen 81 Prozent. "Allein dieses Ergebnis zeigt", so AWO-Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers, "dass ein Schlüssel zur Bekämpfung von Armut in der Bildungspolitik

liegt. Bildung ist zur neuen sozialen Frage geworden". Der Bericht der Bundesregierung bestätigt Ergebnisse aus der Langzeitstudie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zur Kinderarmut in Deutschland, die 1999 begonnen wurde.

Die AWO begrüßt die Vorlage des 2. Nationalen Armuts- und Reichtumsberichtes. Die umfangreiche Bestandsaufnahme liefert wichtiges Datenmaterial zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, zur Lebenslage von Familien und Menschen mit Migrationshintergrund. Nach den Zahlen ist unzweifelhaft, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren in Deutschland weiter geöffnet hat, Armut in Familien hat nicht abgenommen, 18 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren gelten als arm. "Das bestätigt, dass wir noch mehr für die Familien tun müssen", so Brückers. Nach Ansicht der AWO verfolgt der 2. Bericht der Bundesregierung den richtigen Ansatz, die Lebenslagen in Deutschland nicht nur unter materiellen Verteilungsaspekten zu betrachten, sondern auch die Lebens- und Entwicklungschancen in den Blick zu nehmen. Teilhabe - und Verteilungsgerechtigkeit lässt sich in den künftigen Generationen nur herstellen, wenn Bildung als neue soziale Frage in den Mittelpunkt aller politischen Konzepte in Bund und Ländern rückt. Deshalb sind der Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kleinstkinder, die Verbesserung der Bildungschancen im Kindergarten und die Überwindung des vielgliedrigen, selektiven Schulsystems dringend notwendig. Gleiche Bildungs- und Teilhabechancen heißt nach Auffassung der AWO aber auch, Bildungspolitik von der föderativen Umklammerung zu befreien und auf Studiengebühren zu verzichten.

Die AWO wünscht dieser so wichtigen gesellschaftlichen Bestandsanalyse, die zugleich Zukunft beschreibt, eine größere parlamentarische Aufmerksamkeit als dies bei der Vorlage des 1. Armuts- und Reichtumsberichtes der Fall war und empfiehlt eine Fortschreibung des Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

#### **Mehr Informationen zum Thema:**

Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. zum Entwurf des 2. Nationalen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:

[http://www.awo.org/pub/soz\\_pol/armut/narb\\_stn\\_05/view](http://www.awo.org/pub/soz_pol/armut/narb_stn_05/view)

Alles schon entschieden? - Zwischenbericht des dritten Teils der AWO-ISS Studie zu Entwicklungs- und Lebenssituationen von (armen) Kindern zwischen Übergang von Tageseinrichtungen für Kinder und weiterführender Schule:

[http://www.awo.org/pub/soz\\_pol/armut/05-01-21Zwischenbericht-end.pdf/view](http://www.awo.org/pub/soz_pol/armut/05-01-21Zwischenbericht-end.pdf/view)

#### **18. Termine:**

**7. April 05,**  
18.00 Uhr

**Ministerpräsident Peer Steinbrück** in Bonn  
Beethovenhalle, Eintritt frei

**12. April 05,**  
18.00 - 20.00 Uhr

**Jugendkonvent zum Thema Jugendbeteiligung**  
Sitzungssaal der SPD-Fraktion, 53111 Bonn, Altes Rathaus

**14. April 05**  
17 Uhr,

**Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**  
Ratssaal, Stadthaus

**25. April, 05**  
17 Uhr

**Auswirkungen des Kinder- und Jugendfördergesetzes in Bonn,**  
**Dr. Jürgen Rolle**, Leiter des Sozialpädagogischen Instituts in Köln  
erläutert das neue Landesgesetz zur Kinder- und Jugendförderung  
Rathaus Beuel:

**28. April 05**

**Girls Day**, Infos unter: [www.girls-day.de](http://www.girls-day.de)

#### **In eigener Sache:**

Alle aktuellen Pressemitteilungen der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn sind zu finden auf der Internetseite der Fraktion unter:

[www.spd-bonn-im-rat.de](http://www.spd-bonn-im-rat.de)

Neben diesem Newsletter gibt es noch weitere Newsletter zu den Bereichen Frauen, Kultur, Planung und Verkehr, Schule, Soziales, Sport, Umwelt, Wirtschaft, sowie den "newsletter der SPD-Ratsfraktion" mit allen Themen der Fraktionsarbeit. Die Newsletter können angefordert werden unter:  
[spd.ratsfraktion@bonn.de](mailto:spd.ratsfraktion@bonn.de)

---

Impressum: Barbara König, jugend- und familienpolitische Sprecherin, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Tel: 0228/ 697119,  
e-mail: [barbara.koenig@vr-web.de](mailto:barbara.koenig@vr-web.de)